

# Efgani Dönmez zum Islamgesetz

Der grüne Bundesrat Efgani Dönmez zieht sich immer wieder den Hass der Philoislamisten zu, weil er den Islam nicht ständig als multikulturelle Bereicherung sieht, sondern selber zwar Muslim ist, aber trotzdem oft andere Meinungen hat als die, dass der Islam im Konfliktfall nichts mit dem Islam zu tun haben dürfe und es erste Bürgerpflicht zu sein habe, jedwede Kritik vom Islam wegzuschieben, weil der Islam ja, siehe Zeile 3...

Die folgende Rede im Bundesrat stammt vom 12. März 2015 und richtet sich gegen das neue österreichische vor-schnell und unüberlegt verabschiedete Islamgesetz. Die Meinungen von Efgani Dönmez, der ja in schaumgebremsster Form auch den Islam vom Islam trennt, aber trotzdem nicht der philoislamistischen Einheitsmeinung frönt, sind nicht immer und nicht überall deckungsgleich mit den Meinungen des Betreibers dieser Site, aber trotz mancher Einwände eine kommentar- und fußnotenfreie Wiedergabe der Rede gemäß Bundesratsprotokoll:

**Bundesrat Efgani Dönmez, PMM** (Grüne, Oberösterreich): Hohes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass die Kollegin Mühlwerth jetzt die Sitzung verlassen hat, denn nach ihrer Definition und nach dem Verständnis der FPÖ gehöre ich **nicht** zu Österreich. (*Bundesrätin Kurz: Ja, das ist jetzt ...!*) Ich bin aber jemand, der mit Leib und Seele und mit voller Energie für dieses Land, für die Demokratie, für die Rechtsstaatlichkeit eintritt, und das tagtäglich aufs Neue. (*Beifall bei den Grünen und der SPÖ sowie bei Bundesräten von ÖVP und FPÖ.*) - Danke.

Es muss kein Widerspruch sein, Moslem und auch Österreicher zu sein! Ich erkenne darin **überhaupt** keinen Widerspruch, und ebenso geht es Tausenden von ÖsterreicherInnen mit muslimischem Glauben. Das, was zu kritisieren ist, und zwar zu Recht - diesbezüglich bin ich mit der Kollegin auf einer Linie! -, ist der politische Einfluss, also die Instrumentalisierung einer Religion, um dadurch politischen Benefit zu erzielen. Das ist zu kritisieren! Das hat aber nichts mit einer Religion oder mit einer religiösen Einstellung zu tun.

Diese Art von Argumentation spielt letztendlich auch den islamisch-islamistischen Gruppierungen in die Hände, denn dadurch können sie immer die Karte der Opferrolle zücken und sagen: Schaut euch das an, wir können tun, was wir wollen, sie erkennen uns sowieso nicht als ebenbürtig an und behandeln uns nicht auf gleicher Augenhöhe! Aus diesem Grund wäre ich, sehr geehrte Frau Kollegin, mit derartigen Aussagen sehr vorsichtig. Ich persönlich weise das auf das Schärfste zurück: Das muss kein Widerspruch sein! (*Bundesrätin Mühlwerth: Ja, gut!*)

*Ich möchte auch anmerken, dass unsere Bundesregierung sich mit dieser Thematik einen weiteren Schiefer eingezogen hat, doch das ist mittlerweile kein Schiefer mehr, den man so einfach mit einer kleinen Pinzette herauszieht oder abschüttelt, sondern das hat sich zu einem riesengroßen Pflock entwickelt. Den ersten Schiefer haben wir uns eingezogen, als wir hier in diesem Haus dieses King Abdullah Zentrum, das mit saudischem Geld in Österreich errichtet worden ist, beschlossen haben. Ich weiß, manche werden jetzt tief durchschnaufen und die Augen verdrehen, aber das ist die Wahrheit. (Bundesrätin Mühlwerth: So ist es!)*

Wir brauchen keinen Einfluss aus Saudi-Arabien! Das hat auch nichts mit interkulturellem und interreligiösem Dialog zu tun, wenn man weiß, was für eine Form des Islams dort gelebt wird und dass Österreich und insbesondere Wien als Plattform genützt werden, um den deutschsprachigen Raum zu beackern, weil wir hier die diplomatischen Vertretungen haben, die institutionellen Organisationen und so weiter.

Sie haben es selber gemerkt, dass genau durch dieses Zentrum Österreich in der Weltöffentlichkeit zu Recht kritisiert und belächelt wurde - und wird.

Tagtäglich finden vor der saudischen Botschaft und vor diesem sogenannten Kultur- und Dialogzentrum, das meines Erachtens ein Schandfleck an der Ringstraße ist, Demonstrationen statt, weil in Saudi-Arabien Menschen gefoltert und ausgepeitscht werden und bei uns eine falsch verstandene Toleranz beziehungsweise eine Unterordnung unter wirtschaftspolitische Interessen erfolgt.

Liebe KollegInnen der ÖVP - insbesondere der ÖVP -, da möchte ich euch wirklich an eure christlich-sozialen Werte eindringlichst erinnern, diese nicht hinter den wirtschaftspolitischen Interessen anzustellen, sondern die Menschenrechte in der Priorität eine Stufe vorzurücken.

Ich verstehe, dass es wichtig ist, dass es unserer Wirtschaft gut geht. Der Großteil unseres Wohlstandes wird im Ausland erwirtschaftet, Firmen wie die OMV und andere sind gerade in diesen Ländern tätig, dennoch darf es zu keinen faulen Kompromissen kommen. Wenn es zu solchen faulen Kompromissen kommt, haben wir jene Diskussionen, die wir eben seit Wochen haben, und das schadet uns insgesamt sowie der Republik.

Nun zum Gesetz: Laizität gibt es in Österreich nicht, die Schlechterstellung einzelner Religionen schon. Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, das Verhältnis von Staat und Religion auszugestalten. Der Staat kann religiösen und nicht religiösen Weltanschauungen neutral oder nicht neutral gegenüberstehen.

Aus einer neutralen Position erkennt der Staat Religion als Privatsache. Der Staat steht dem Glauben oder der Überzeugung indifferent gegenüber und enthält sich sowohl der Diskriminierung als auch der Privilegierung. Das entspricht dem Prinzip der Laizität. Der Staat hindert damit Gläubige nicht daran, sich zu organisieren und ihre Religion im allgemeingültigen Rechtsrahmen auszuüben. Laizität ist der Garant für echte Religionsfreiheit - ohne Sonderrechte, ohne Einschränkung von Rechten.

Österreich hingegen versucht, religiöse Neutralität auf einem anderen Weg herzustellen, nämlich indem für jede anerkannte Religion ein eigenes Gesetz erlassen wird - mit Ausnahme jener Religion, die durch den völkerrechtlichen Vertrag, das Konkordat, eben privilegiert ist. Damit nimmt der Staat zunächst eine Unterscheidung in religiöse, anererkennungsfähige und nicht religiöse Weltanschauungen vor. Es wird also angenommen, es läge Ungleiches vor, das dann eben auch **ungleich** zu behandeln sei.

Konsequenterweise müssten die anerkannten Religionen gemäß dem verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz untereinander **gleich** behandelt werden, natürlich unter Berücksichtigung inhaltlich-religiöser Besonderheiten, die auch jetzt nur einen sehr kleinen Raum in bestehenden Religionsgesetzen einnehmen. Darunter fallen aber bestimmt nicht die Finanzierung, die Aufforderung, sich an Gesetze zu halten, Subventionen und vieles andere.

Genau diese Ungleichbehandlung wird aber bei der Beschlussfassung des neuen Islamgesetzes vollzogen. Die oft behauptete Voraussetzung der Ungleichheit, die eine Ungleichbehandlung nach sich zöge, gibt es nicht. Das Islamgesetz enthält dennoch im Vergleich zu anderen Religionsgesetzen geradezu **dramatische** Schlechterstellungen - das Verbot der Auslandsfinanzierung, das schon angesprochen wurde, oder das Subventionsverbot -, die eigentlich jede für sich eine Ablehnung rechtfertigen würde. Insgesamt ist das Gesetz auch aus prinzipiellen Gründen der Nichtgleichbehandlung abzulehnen.

Damit es auch die ÖVP versteht, möchte ich einen kleinen Vergleich aus der Wirtschaft heranziehen: Natürlich sind Religionen inhaltlich verschieden, aber so wie jede GmbH vor dem GmbH-Gesetz gleich behandelt wird, sollte das auch für Religionsgemeinschaften - idealerweise mit einem für **alle gültigen** Religionsgesetz - gelten.

Echte Laizität unter Einbeziehung nicht religiöser Weltanschauungen wäre freilich eine noch elegantere Lösung.

Das oft angeführte Argument, dass durch das neue Islamgesetz eine Schlechterstellung produziert wird beziehungsweise Bürger zweiter Klasse, kann ich nicht nachvollziehen. Dieses Argument weise ich auch auf das Schärfste zurück, denn es ist genau jenes, das Erdoğan und Co sowie seine Soldaten heranziehen, um die Muslime in Österreich und in Europa in eine Opferecke zu stellen und in die Opferrolle hineinzudrängen.

Nein, das begrüße ich explizit, denn der Islam - die Kollegin Mühlwerth hat es schon anklingen lassen - ist ja nicht nur eine Glaubensgemeinschaft, sondern auch eine Form, wie man Gesellschaft ordnet. Bei uns leben eben viele Menschen, die aus muslimischen Ländern kommen und die vielleicht ein anderes Verständnis diesbezüglich haben, weswegen es wichtig ist, dass man **glasklar** festhält: In Österreich gilt der Rechtsstaat und nichts anderes. Alles ist dem Rechtsstaat untergeordnet.

Dass natürlich die Vertreter eines politischen Islams, die in Österreich und in Europa massiv verankert sind, wie die **Milî Görüş** oder die ATİB, dieses Gesetz massiv torpedieren und ablehnen, liegt auch klar auf der Hand, weil sie um den Einfluss (*Bundesrat **Perhab**: Deine alevitischen Glaubensbrüder sind dafür!*) - weil sie eben um den Einfluss fürchten. Das Islamgesetz wird sozusagen stellvertretend als Diskussionspunkt herangezogen, denn im Hintergrund geht es de facto um Macht- und Einflusskämpfe zwischen der arabisch dominierten Muslimbruderschaft und den türkisch dominierten **Milî Görüş- und ATİB-Gruppierungen**.

**Wenn ein ausländischer Staat über einen verlängerten Arm seines Politapparates, in Form von ATİB, welcher der türkischen Religionsbehörde unterstellt ist, Druck auf den österreichischen Staat ausübt, dann stellt sich für viele BürgerInnen unseres Landes die berechnete Frage, was denn unter der Anleitung von führenden PolitikerInnen unseres Landes jahrzehntelang falsch gelaufen ist. Mit dem Argument der Religionsfreiheit wurde in Österreich de facto ein Staat im Staat geschaffen. Die Vertreter von ATİB und der muslimischen Jugend verlangen von der Republik Österreich, was die *eigene* Religionsbehörde in deren Herkunftsländern seit Jahrzehnten großen Teilen ihrer eigenen Bevölkerung vorenthält - nämlich gleiche Rechte.**

**Bei diesem Anliegen werde ich diese Gruppierungen unterstützen, obwohl ich wirklich einer der schärfsten Kritiker dieser politischen Strömungen des Islams bin. Für mich hat eines oberste Priorität: Man kann nicht ungleich Rechte implementieren - und das tut dieses Gesetz.**

**Ich werde aber auch gleichzeitig nicht müde, dass ich diesen Communities immer wieder den Spiegel vorhalte und ihnen diese Doppelbödigkeit vor Augen führe, welche sie zutage bringen.**

**Der ausländische Einfluss ist jetzt schon massiv ersichtlich. Seit der Verabschiedung des Islamgesetzes Neu im Nationalrat hat die AKP begonnen, in Europa und insbesondere auch in Österreich ihre Abgeordneten ausschwirren zu lassen. Es wird in Österreich Wahlkampf für die Türkei und für die türkischen Parlamentswahlen betrieben. Dabei wird auch das Islamgesetz massiv kritisiert und ebenso die Vertreter unserer Republik - Sie, Herr Minister Ostermayer, ihr Kollege Kurz und auch wir stehen im Mittelpunkt schärfster Kritik und schärfster Diffamierungen.**

**Terminologisiert werden diese unter dem Begriff der Beka Meselesi. Das ist eine Diktion, die aus der osmanischen Zeit kommt und die dafür verwendet wurde, Angriffe gegen den Staat abzuwehren, abzumindern und alle Maßnahmen in Gang zu setzen, um diesen Angriff im Keim zu ersticken. Das heißt, dieses Islamgesetz wird mit Bevollmächtigung des türkischen Parlaments - das ja jetzt auch die Bevollmächtigung hat, dass der Auslandsgeheimdienst in außertürkischen Territorien noch aktiver als bisher sein darf - dazu ge-**

**nutzt, um Menschen mit kritischen Einstellungen, wie Intellektuelle, Journalisten, Aleviten oder Oppositionspolitiker, auch in Österreich massiv unter Druck zu setzen.**

**Das gefährdet meiner Meinung nach das friedliche Zusammenleben und daher plädiere ich eindringlichst, sehr geehrter Herr Minister, dass wir uns wirklich ernsthaft Gedanken darüber machen sollten, ob Abgeordnete eines anderen Landes bei uns Wahlkampfpropaganda durchführen dürfen. Dies führt zu einer Polarisierung und Spaltung unserer Gesellschaft.**

**Das ist nicht dienlich für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung; daher plädiere ich eindringlichst, ein Einreiseverbot, ein Schengen-Verbot über wahlkampfwerbende Abgeordnete eines anderen Staates zu verhängen. Es muss die eindeutige Klarheit geben, dass das bei uns nicht erwünscht ist und wir das in Österreich nicht wollen.**

**Ich würde Sie ersuchen, geschätzte KollegInnen, parteiübergreifend einen Schulterchluss durchzuführen, damit wir dem einen Riegel vorschieben, denn es gefährdet unsere öffentliche Ruhe und Sicherheit. Und außerdem ist es im Fremdenrecht unter dem Aufenthaltstitel auch rechtlich schon vorgesehen.**

Wir können sagen: Ihr seid bei uns in Österreich willkommen, egal, welcher Herkunft und egal, welcher Religion! Aber wenn ihr beginnt, die Innenpolitik eures Landes hereinzutragen, Wahlkampf in Österreich zu betreiben, für Unruhe zu sorgen und Personen, wie zum Beispiel hochrangige Professoren, die dann für das Islamgesetz und die Errichtung der Fakultäten zuständig sein werden, de facto zu Freiwild zu erklären - da darf man nicht in die andere Richtung schauen oder die Augen verschließen. In diesem Fall müssen wir uns schützend vor diese wenigen aufgeklärten islamischen Menschen stellen und sagen: **Das** lassen wir uns nicht gefallen und wir unterstützen euch bei diesem Weg, einen Islam europäischer Prägung zu gestalten. Es muss da meiner Meinung nach Klarheit geben.

Kollegin Mühlwerth zitierte schon aus der Stellungnahme der Plattform Religion ohne Gewalt. - Die Zeit ist schon sehr fortgeschritten. (*Ruf bei der SPÖ: Weit überschritten!*) - Wenn es jemanden interessiert, möchte ich ihm wirklich eindringlich nahelegen, sich diese Stellungnahme von der Plattform Religion ohne Gewalt nochmals aufmerksam durchzulesen. Darin sind viele richtige und wichtige Punkte enthalten. Ich teile aber auch nicht alle, das möchte ich gleich anmerken.

Wenn man schon im Ausland auf Werbetour geht und das Islamgesetz bewirbt - eines möchte ich schon anmerken, sehr geehrter Herr Minister, das Gesetz geht in die richtige Richtung, das heißt, ich kritisiere nicht alle Punkte -, dann sollte man von seinem persönlichen Zugang her zumindest so weit sein zu sagen, dass dieses Gesetz verfassungsrechtlich hieb- und stichfest ist - wasserdicht. Und das ist es **nicht**. Diese Gruppierungen - das haben Sie ja schon angekündigt - werden zu Recht vor den Verfassungsgerichtshof gehen und dieses Gesetz anfechten. Und wenn unser geschätzter Außenminister dieses Gesetz bewirbt und als europäisches Modell vorantreiben möchte, dann würde ich zumindest erwarten, dass es verfassungsrechtlich hieb- und stichfest ist - wasserdicht -, damit uns keiner diesbezüglich kritisieren kann, damit wir uns da nicht auf dünnes Eis begeben. Und das ist es nicht! Es widerspricht den Grundsätzen der Republik, der Laizität. Deswegen werde ich diesem Gesetz meine Zustimmung auch nicht erteilen, obwohl manche Punkte wirklich begrüßenswert sind.

*Eines möchte ich zuallerletzt noch herausstreichen. Was Österreich gemacht hat, ist weltweit einzigartig: die Anerkennung der alevitischen Glaubensgemeinschaft als eigenständige Religionsgemeinschaft. Das gibt es nicht einmal in den Herkunftsländern. Wegen dieses Gesetzes gibt es jetzt auch Probleme, die vielleicht in dieser Form noch gar nicht angedacht worden sind, denn, sehr geehrter Herr Minister, Sie wissen, dass es die Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft gibt (Bundesminister Ostermayer: Ja, das weiß ich auch!), Herr Henhapel weiß es sicher, sowie auch die Föderation der Aleviten. Diese sind jetzt de facto illegal, so wie viele andere Vereine. Mich haben viele E-Mails erreicht, in denen es hieß: Was sollen wir jetzt machen? Sollen wir uns selber anzeigen? Wie gehen wir da vor? - Das heißt, durch dieses Gesetz sind viele Fragen aufgetaucht, die de facto unbeantwortet sind. (Bundesrat Perhab: Das müsst ihr euch selbst ausmachen!)*

Wenn wir das Gesetz international und insbesondere im europäischen Raum bewerben und es richtungsweisend sein sollte, dann würde ich zumindest erwarten, dass man das **umfassend** betrachtet und nicht nur schnell durchpeitscht.

Die Argumente, die Kollegin Mühlwerth ebenso aufgegriffen hat, der Zwangsverheiratungen und Zwangsbeschneidungen - ja, die gibt es, natürlich gibt es sie, das wissen wir, wir sind ja nicht blind. Aber was es nicht gibt, ist, das mit religiösen Argumenten zu begründen und zu untermauern. Das finden Sie nirgends im Koran, dass das religiös legitimiert sein soll. Das sind kulturelle Auswüchse aus Afghanistan, Saudi-Arabien oder sonst woher, hat aber mit der Religion des Islams nichts zu tun. Und das muss man auch in aller Deutlichkeit sagen und festhalten. - Danke vielmals.